

Miszelle

HANSJAKOB STEHLE

DER LEMBERGER METROPOLIT ŠEPTYČKYJ UND
DIE NATIONALSOZIALISTISCHE POLITIK IN DER UKRAINE

Machtpolitik, die auf Beherrschung oder Unterwerfung anderer Völker gerichtet ist, bedient sich oft nationaler Befreiungsparen, deren trügerische Funktion schwer oder erst spät durchschaubar wird. Dieses Mittels hat sich jedoch Hitlers – auf irrationale „Lebensraum“- und Rassen-Ideologie fundierte – Eroberungspolitik in Osteuropa nicht oder nur in flüchtigen Ansätzen bedient; auch nicht dort, wo es dafür – unter antikommunistischen wie nationalistischen Vorzeichen – besonders günstige Voraussetzungen gab: in der *Ukraine*, zumal in deren westlichem Teil, in dem bis 1939 polnischen, dann bis 1941 sowjetischen Galizien. Hier, wo von 4,4 Millionen Einwohnern ukrainischer Muttersprache fast 3,4 Millionen der „unierten“, mit Rom verbundenen Kirche des slawisch-byzantinischen Ritus angehörten¹ und ihre ethnische Identität immer wieder gefährdet sahen, verkörperte Graf *Andrej Šeptyčkyj* (1865–1944), der seit dem Jahre 1900 Metropolit und Erzbischof von Lemberg² war, eine geistliche Autorität, mit der sich immer wieder auch nationale Hoffnungen verbanden. In ihrem katastrophalen Scheitern während der letzten drei Lebensjahre Šeptyčkyjs spiegelt sich zugleich exemplarisch ein bisher wenig beachtetes Kapitel nationalsozialistischer „Ostpolitik“.

Seit Jahrhunderten dem wechselnden Sog ihrer russischen und polnischen Nachbarn ausgesetzt, war den Ukrainern der Nationalstaat versagt geblieben; orthodoxes Staatskirchentum hatte dem Russifizierungsdruck, lateinischer Katholizismus der Polonisierung gedient. Nur in der relativen Toleranz der Habsburgermonarchie waren die Ukrainer Galiziens zu Autonomie gelangt. In deren Klima hatte sich der Metropolit Šeptyčkyj (der selbst aus polnischem, einst ukrainischem Adel stammte) der

¹ Diese hatte sich 1595/96 durch die „Union von Brest“ vom orthodoxen Patriarchat getrennt. Sie wurde nach den Teilungen Polens in dem zu Österreich-Ungarn gehörenden Galizien als „griechisch-katholische“ bezeichnet und wird heute meist „ukrainisch-katholische Kirche“ genannt. – Zu ihrer Geschichte vgl. die von Lubomyr Husar eingeleitete Dokumentation: *Ukrajinska Katolycka Cerkwa* (Bd. II der *Martyrolohija ukr. cerkow*), Toronto-Baltimore 1985; A. Chodkiewicz, *Zarys historii Kościoła greckokatolickiego*, Warschau 1984; J. Madey, *Kirche zwischen Ost und West*, München 1969; A. Ammann, *Abriss der ostslawischen Kirchengeschichte*, Wien 1950; K. Chodnicki, *Kościół prawosławny a Rzeczpospolita Polska*, Warschau 1936; A. Fortescue, *The Uniate Eastern Churches*, London 1923.

² Ukr. *Lwiv*; poln. *Lwów*; seit 1807 Erzbischofsitz mit den Suffragan-Bistümern Przemysl und Stanislawów.

Idee der kirchlichen „Union“ verschrieben. In seiner von religiösem Eifer wie politischer Romantik geprägten Gedankenwelt weitete sich diese ökumenische Idee einer Verschmelzung römischen und östlichen Christentums – durch „Bekehrung Rußlands“ – zum politischen Ziel einer vereinigten Großukraine³. Der Metropolit, der schon 1908 mit falschem Paß nach Kiew, Moskau und St. Petersburg gereist war, um die Möglichkeiten seiner Konzeption zu sondieren, empfahl zu Beginn des Ersten Weltkriegs in einem Memorandum für Kaiser Franz Josef, die von Österreich besetzten Gebiete „möglichst einschneidend von Rußland zu trennen“, die orthodoxe Kirche vom moskovitischen Einfluß „durch und durch“ zu reinigen und der Unterstellung unter die Synode von St. Petersburg zu entziehen⁴. Nach der russischen Besetzung Lembergs im September 1914 verhaftet und in einem Kloster in Susdal interniert, erlebte Šeptyčkyj die Revolution von 1917 zunächst als Befreiung, auf die er neue missionarische und politische Hoffnungen setzte. Doch das „revolutionäre Prinzip der Selbstbestimmung“, das er in seiner letzten Rede vor dem Herrenhaus in Wien pries⁵, bescherte schließlich nicht den Ukrainern, sondern den Polen einen Staat, zu dem Šeptyčkyj nur langsam und schwer ein Verhältnis fand – gemischt aus Loyalität und (gegenseitigem) Argwohn. Eine systematische Warschauer Polonisierungspolitik, die sich gegen Ukrainer und Weißrussen richtete und 1938 in der mutwilligen Zerstörung von 130 orthodoxen Kirchen gipfelte, stieß auf energische Proteste des Metropoliten⁶, der sich jedoch auch gegen terroristische Aktionen ukrainischer Nationalisten wandte und so der Kritik von beiden Seiten aussetzte. „Meine traurigen Erfahrungen lehren mich, daß je sorgfältiger man sich jeder Politik fernhält, desto leichter unterliegt man oft dem Vorwurf der Politik“, schrieb Šeptyčkyj in deutscher Sprache⁷ und ahnte noch nicht, daß ihm die bittersten Erfahrungen solcher Art erst bevorstanden.

Der Untergang des polnischen Staates durch Hitlers Angriff im September 1939, ermöglicht durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Teilungsvertrag, er-

³ Vgl. die Biographien: aus kirchlicher ukrainischer Sicht von Cyrille Korolevskij, Metropolit André Szeptyckyj, Rom 1964; Gregor Prokopschuk, Der Metropolit, München 1967; aus kommunistisch-polnischer Sicht: Edward Prus, Władysław Świątkowski. Rzecz o arcybiskupie Andrzeju Szeptyckim, Warschau 1985. Prus, der als marxistischer Historiker Zugang zu Lemberger Archivbeständen hatte, mildert seine tendenziöse Darstellung durch Kritik am rein propagandistischen Šeptyčkyj-Bild sowjetischer Autoren (vgl. die Rezension von B. Heydenkorn in „Zeszyte Historyczne“, Paris, Nr. 73, 1985). Unter dem Titel „Andrei Sheptyts'kyj. His Life and Work“ erscheint 1987 ein Sammelband mit den Referaten eines von Paul R. Magocsi (Chair of Ukrainian Studies, University of Toronto) im November 1984 veranstalteten Symposiums, bei dem der Verf. eine Studie vortrug, die in erweiterter Fassung dem vorliegenden Aufsatz zugrundeliegt.

⁴ Memorandum v. 15. 8. 1914 im Haus-Hof- und Staatsarchiv, Wien. Vgl. Hornykiewicz, Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, Bd. I, 1966, S. 8–11; E. Winter, Russland und das Papsttum, Teil 2, Berlin(Ost) 1961, S. 583/84.

⁵ Sitzung v. 28. 2. 1918, Stenograph. Prot., S. 809–812.

⁶ Vgl. Georges Castellan, Gott schütze Polen! Geschichte des polnischen Katholizismus 1795–1982, Freiburg 1983, S. 164–167.

⁷ Im Vorwort des von der katholischen Emigrantenfürsorge herausgegebenen Buches „Die Kirche und das östliche Christentum, Ukraine und kirchliche Union, Berlin 1929, S. 9.

schreckte die ukrainischen Katholiken und ihren Metropoliten nur durch die eine – unerwartete – Folge: die Besetzung Galiziens und Lembergs durch die Sowjets. Diese – so schien es Šeptyčkyj – schonten dort „ein wenig die Polen als Alliierte Englands“, hatten aber „keinerlei Grund uns [d. h. die Ukrainer] zu schonen – uns, von denen sie nicht ohne Grund annahmen, daß wir alle Hilfe von Deutschland erwarteten“⁸. Von Sympathien des Metropoliten für den deutschen Nationalsozialismus konnte zwar keine Rede sein; noch kurz vor Kriegsbeginn 1939 hatte er Gläubige und Klerus vor der Rassen-Ideologie Hitlers gewarnt⁹. Doch jetzt war die erwartungsvolle Rücksicht auf Deutschland so groß, daß der Metropolit durch seinen Seelsorgebeauftragten in Berlin, *Petro Werhun*, dem päpstlichen Nuntius *Orsenigo* noch am 1. Juni 1940 Informationen über die relative Behutsamkeit und Vorsicht der sowjetischen Religionspolitik zugehen ließ („Bis jetzt wird die Religion innerhalb der Kirchen respektiert... Es gibt sogar Offiziere des bolschewistischen Heeres, die geheim ihre Kinder taufen lassen“), und zwar mit der Absicht, „jene Nachrichten zu bremsen, die die russische Verfolgung viel wilder (*assai più feroce*) ausmalen, um die Schuld der Deutschen zu vergrößern, die die Russen eingeladen haben, diese Gebiete zu besetzen“¹⁰.

Da Hitler seinen Überfall auf die Sowjetunion unter dem Deckmantel des Nichtangriffspaktes mit Stalin, ja scheinbar freundlicher Beziehungen vorbereitete, konnte sich der Metropolit kaum eine genaue Vorstellung machen, welche Art von „Befreiung“ die Ukraine zu erwarten hatte – als Verbündeter, Satellit oder Kolonie. Begegnungen mit deutschen Mitgliedern einer gemischten Repatriierungs-Kommission, die 1939/41 einen Bevölkerungsaustausch zwischen dem deutsch und dem sowjetisch besetzten Gebiet Polens organisierte¹¹, konnten Šeptyčkyj nur einseitige Hinweise vermitteln. So besuchte ihn wahrscheinlich schon seit dem Frühjahr 1940 Professor Hans Koch, ein Theologe vom Breslauer Osteuropa-Institut, der mit Dr. Otto Wächter, dem Beauftragten des Krakauer Generalgouverneurs Hans Frank in der Kommission, zu Gesprächen mit den Sowjetbehörden nach Lemberg kam. Hans Koch, im Rang eines Hauptmanns der Wehrmacht, beschäftigte sich seit dem Winter 1940/41 im Auftrag der „Abwehr“ (Canaris) damit, die Emigranten der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) – in der es Anfang 1940 zur Spaltung zwischen den radikalen Anhängern Stepan Banderas und den gemäßigten Andrei Melnyks gekommen war – für eine „Ukrainische Legion“ zu gewinnen und Fühler zum ukrainischen Untergrund in Galizien auszustrecken. Koch war zugleich der Verbindungsmann der

⁸ Brief v. 30. 8. 1941 an den päpstlichen Nuntius in Budapest. Siehe die vatikanische Aktenpublikation „Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale“ (im folgenden zit.: ADSS), Bd. III, Nr. 297.

⁹ Siehe „Polska Zbrojna“, Nr. 281/8. August 1939.

¹⁰ Siehe ADSS, III, Nr. 144 u. Nr. 105. – Petro Werhun (geb. 1890 in Horodek, gest. 1951 in Krasnojarsk/Sibirien) war bis Kriegsende in täglichem Informationskontakt mit SS-Sturmbannführer Albert Hartl, dem Leiter der Abteilung IV des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA); siehe Records of the National Archives, Washington, RG 238-CIPR/106, CI-FIR, 123.

¹¹ Die Kommission beförderte Post des Metropoliten nach Westen, so seinen Brief vom 26. 12. 39 an Kardinal *Tisserand* in Rom (ADSS, III, Nr. 79).

„Abwehr“ zu Alfred Rosenberg, den Hitler schon als „Reichs-Minister für die besetzten Ostgebiete“ vorgesehen hatte. Während Rosenberg in dieser Vorbereitungsphase noch für Zerschlagung der Sowjetunion in separate Nationalstaaten – darunter einen ukrainischen – plädierte, warnte Generalgouverneur Frank im Herbst 1940 davor, „der ukrainischen Nation das großukrainische Reich zurückerobern“, und forderte „die nötige Distanz“ zu den Ukrainern, „die wohl Freunde, nicht aber Vertraute des deutschen Volkes sind“¹².

Hans Koch hat sich bei seinem Besuch auf der Burg des Metropoliten in Lemberg wohl kaum auf Rosenberg berufen, der dem Metropoliten als extremer Feind von Kirche und Christentum bekannt war; es ist auch sehr fraglich, ob Šeptyčkyj ein genaues Bild der Position von Volodymyr Kubijovyč hatte, dem Vorsitzenden des Krakauer „Ukrainischen Hauptausschusses“, der sich der „distanzierten“ Linie des Generalgouverneurs Frank anpaßte. Auch mit den für Massenmorde, vor allem an Juden, bereitgestellten „Einsatzgruppen“ des ReichsführersSS Himmler rechnete der Metropolit nicht, sondern vertraute auf Wehrmachtsoffiziere, unter deren Führung dann am 22. Juni 1941 auch zwei ukrainische Bataillone („Nachtigall“ und „Roland“) in Richtung Lemberg marschierten – religiös betreut durch den vom Metropoliten bestätigten Feldkaplan Ivan Hryniuch. Ihnen folgte eine Gruppe von Politikern unter Jaroslav Stečko, die mit der OUN Banderas verbunden und fest entschlossen waren, ihre deutschen Protektoren so schnell wie möglich vor das „fait accompli“ einer ukrainischen Staatsgründung zu stellen.

Dazu bedurften sie der aktiven Unterstützung des Metropoliten. Nicht nur, weil dessen Prestige ihm die Rolle einer „dritten Kraft“ zwischen den beiden Flügeln der gespaltenen OUN zuwies¹³, sondern weil sein Gewicht im gesamten ukrainischen Leben Galiziens so groß war, „daß man ihn nicht übergehen konnte, wenn man nicht eine politische Niederlage riskieren wollte“¹⁴. So besuchten Stečko und Hryniuch noch am Tage der Eroberung Lembergs (30. Juni 1941) den Metropolit und erhielten dessen „Zustimmung und Segen“ zur Proklamation eines unabhängigen ukrainischen Staates. Der Text dieses Dokuments versprach eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland („das unter der Leitung seines Führers Adolf Hitler für eine neue Ordnung Europas und der ganzen Welt kämpft“) und wurde schnell über „Radio Lwiv“ verbreitet – ohne Vereinbarung mit den Deutschen.

Gewiß war Šeptyčkyj nicht so naiv, zu glauben, Hitler würde sich durch „vollende-

¹² Am 12. 9. 1940. Vgl. Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975 (im folgenden zit.: Frank-Tagebuch). Zu den zitierten Differenzen in der deutschen Ukraine-Politik siehe Roman Ilnitzkyj, Deutschland und die Ukraine 1934–1945, Band 2, München 1958; Ryszard Torzecki, Kwestia ukraińska w polityce III Rzeczy 1933–1945, Warszawa 1972; Gerald Reidlinger, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962; Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945, Düsseldorf 1958; Wolodymyr Kosyk, Das Dritte Reich und die Ukrainische Frage. Dokumente 1934–1944, München 1985.

¹³ Ilnitzkyj, S. 176 u. 184.

¹⁴ Torzecki, S. 234.

te Tatsachen“ seine Ukraine-Politik diktieren lassen. Doch der Metropolit – durch Lähmung an den Rollstuhl gefesselt – wußte weder, daß die OUN seit mehr als einem Jahr gespalten war, noch daß die Zustimmung Hitlers für eine ukrainische Staatsgründung fehlte – beides hatten ihm seine Besucher Stečko und Hryniuch verschwiegen. Andererseits hatten anarchische, blutige Eruptionen von Haß und Rache in Lemberg vor dem deutschen Einmarsch, aber auch während der Besetzung, die Erwartungen des Metropoliten und auch seine Sympathien für die OUN sehr gedämpft¹⁵.

Erst von Professor Koch, der ihn am Nachmittag des 30. Juni besuchte, hörte Šeptyčkyj, daß man auf deutscher Seite gegen eine „voreilige Regierungsbildung“ war – und Koch erfuhr von Šeptyčkyj, daß eben diese zur gleichen Stunde schon im Gang war. Im Gebäude der „Prosvita“ war eine Nationalversammlung zusammengetreten, in der Bischof Josef Slipyj den Metropoliten vertrat. Sofort eilte Koch dorthin, um zu bremsen und zu warnen, doch vergebens. Ein Hirtenbrief des Metropoliten, der am nächsten Tag (1. Juli) bei einem Dankgottesdienst vorgelesen wurde, empfahl zwar die „historische Tat“ der Unabhängigkeitserklärung dem Segen Gottes, klang aber nun eher vorsichtig¹⁶. Da gab es keinen Kampftruf gegen den Bolschewismus und kein Gebet für Hitlers Sieg (wie im Aufruf Kubijovyčs aus Krakau vom 22. Juni¹⁷), nur eine Aufforderung an das ukrainische Volk, „durch Disziplin, Solidarität und gewissenhafte Pflichterfüllung zu beweisen, daß es zu einem staatlichen Leben reif ist“. Zweifel an dieser Reife klangen an. Sie bestätigten sich schon am nächsten Tag, als ukrainische „Miliz“ – die an diesem 2. Juli der SS-Einsatzgruppe unterstellt wurde – sich am Pogrom gegen Juden beteiligte. Die Regierung Stečko sah machtlos zu. Aber auch ein „Ukrainischer Nationalrat“ (Senioren-Rat), der sich am 6. Juli unter dem Ehrenvorsitz des Metropoliten bildete, vermochte der Regierung Stečko und sich selbst keine wirksame Autorität zu verschaffen.

Dennoch versuchte Hans Koch sogar noch kurz nach der am 6. Juli erzwungenen Auflösung der Regierung und der Verhaftung Stečkos durch deutsche Polizei, dem Nationalrat (und vielleicht auch sich selbst) einzureden, an die Bildung eines ukrainischen Staates sei nur so lange nicht gedacht, bis die Hauptstadt Kiew durch die Wehr-

¹⁵ Im Brygidki-Gefängnis von Lemberg wurden vor dem Abzug der Sowjets die (meist politischen) Häftlinge erschossen. Am frühen Morgen des 1. Juli 1941 wurden tausende Lemberger Juden durch Ukrainer „in deutschen Uniformen mit gelb-blauen Abzeichen“ zusammengetrieben und gezwungen, die halbverwesten Leichen aus den Gefängniskellern zu tragen, und dann selbst im Gefängnis Hof erschossen; erst am Abend „kam ein deutscher Offizier, befahl das Massaker zu beenden“ und ließ die etwa 60–70 überlebenden Juden frei. Einige, unter ihnen der Rabbiner David Kahane und der 16jährige Sohn des ermordeten Rabbiners Jechezkiel Lewin, fanden Unterschlupf in der Residenz des Metropoliten Šeptyčkyj, wo sie überlebten. (Augenzeugen-Notizen von Kurt I. Lewin, New York, dem Verf. am 6. Dezember 1984 übermittelt). Vgl. auch IMT, XXXIII, S. 287 ff.; Kurt Lewin in: *Unitas*, Nr. 2, Vol. XII, 1960, S. 133 ff.; Josef Tennenbaum, *In Search of a lost People*, New York 1948, S. 115; Miroslav Kalba, *Nachtigal. A Bataillon of the Ukrainian Nationalists*, Denver 1984, S. 100 f.; Joop Zwart, *Lemberg 1941 und Oberländer, Amstelveen 1960*.

¹⁶ Siehe Gregor Prokopschuk, *Der Metropolit*, München 1955, S. 211 f.

¹⁷ *Ilnitzkyj*, S. 152.

macht erobert sei (was erst am 19. September geschah). Koch behauptete auch, alle Gerüchte über einen Anschluß Galiziens an das polnische Generalgouvernement seien nichts als „eine Provokation“¹⁸. Koch, der in diesem Sinne auch auf den Metropolitan einwirkte und ihn in einen ukrainischen „Vertrauensrat“ einfügen wollte, überschritt dabei offensichtlich seine Kompetenzen. Wie Minister Rosenberg Monate später dem Generalgouverneur Frank erklärte, sei es überhaupt nicht „Sache Kochs gewesen, ukrainische Politik zu betreiben“; er, Rosenberg, habe seinen „Plan, einen ukrainischen Staat zur Abschirmung gegen die russischen Einflüsse zu schaffen, aufgegeben“¹⁹.

Hitler, der von Anfang an einen kolonialen Eroberungskrieg führen wollte („beherrschen, verwalten, ausbeuten“), hatte am 17. Juli beschlossen, das – wie er es empfand – „alt-österreichische“ Galizien als Provinz dem Generalgouvernement Hans Franks anzugliedern und in Kiew kein ukrainisches Staatsoberhaupt oder gar einen Patriarchen einzusetzen, doch in Rowno seinen brutalen Statthalter, Erich Koch, als Chef eines „Reichskommissariats Ukraine“²⁰. Vergeblich wies Šeptýčkyj am 22. Juli 1941 in einem Telegramm an die Reichsregierung auf die „sehr unerwünschten Folgen“ dieser Absichten hin und benutzte dabei politische Argumente, welche die Interessen des deutschen Regimes mit denen der Ukraine zu verknüpfen versuchten:

„Seit 1918 führt die ukrainische Nation einen blutigen Kampf gegen den polnischen und bolschewistischen Staat für ihr Ideal einer vereinten, freien Ukraine... Die Annullierung ihres staatlichen Ideals würde ihre aufrichtige Sympathie und das Vertrauen zur deutschen Regierung erschüttern und sich äußerst negativ auf die Lebensinteressen des ukrainischen Volkes wie überhaupt auf die gerechte Neuordnung Europas auswirken.“²¹

Doch ungerührt durch solche Einwände ließ Hitler den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement am 1. August vollziehen. Hans Frank feierte in Lemberg die Übernahme der Verwaltung aus den Händen der Wehrmacht mit Reden, Trinksprüchen und einer „Proklamation an die Bevölkerung von Galizien“, die auch der Kirche die bittere Pille versüßen sollte und in den Straßen der Stadt zweisprachig angeschlagen wurde:

„... Euer Privateigentum soll wiederhergestellt, die Freiheit eures völkisch-kulturellen Lebens gesichert und freie Religionsausübung [„praktik“ hieß es im ukrainischen Text] gewährleistet werden... Galizien ist damit in den Reichszusammenhang zurückgekehrt... Ich grüße euch im Namen des Führers! Möge der Herrgott seinen Segen geben zu dem Werk, das wir gemeinsam beginnen!“²²

Enttäuschung und Verbitterung ließen sich damit nicht beheben; sie entsprachen

¹⁸ Ilitzkyj, S. 210.

¹⁹ Frank-Tagebuch, S. 412.

²⁰ Das Protokoll der Bormann-Hitler-Unterredung IMT, Bd. XXXVIII, Dok. L-221.

²¹ Prokoptschuk, S. 223.

²² Verordnungsblatt für das Generalgouvernement, 1941, S. 441; Faksimile und Fotos aus Lemberg siehe Max du Prel, *Das Generalgouvernement*, Würzburg 1942. Vgl. auch Franz Obermaier, *Ukraine, Land der schwarzen Erde*, Wien 1942.

dem Grad der vorangegangenen Hoffnungen und Illusionen. Doch als sich nun die Anhänger der radikalen OUN Banderas gegen die Deutschen wandten und zum Teil in den bewaffneten Untergrund gingen, mahnte der Metropolit zur Mäßigung: Im „Nationalrat“, der jetzt freilich nur noch ein Schattendasein führte, ließ Šeptyčkyj durch seine Beauftragten – Bischof Slipyj und Priester Kostelnik – vor antideutschen Aktivitäten warnen; diese könnten „schreckliche Folgen“ haben, nämlich die Ukrainer in die Lage der Polen bringen²³.

Als der Metropolit dann am 30. August 1941 Gelegenheit hatte, durch einen ungarischen Offizier dem päpstlichen Nuntius in Budapest einen Brief an den Vatikan zu übermitteln, berichtete er fast ausschließlich über seine Erfahrungen mit dem sowjetischen Regime und nichts über das, was seit dem 30. Juni geschehen war (vielleicht weil er damit rechnen mußte, daß der Brief in deutsche Hände fallen konnte). Nur vorsichtig deutete Šeptyčkyj an, daß jetzt „die sozialen Grundlagen jeder [!] Autorität gewaltig erschüttert“ und „die Lasten des Krieges groß“ seien. Der Brief ließ aber auch erkennen, daß der Metropolit sich noch immer positive Wirkungen – auch im religiös-pastoralen Sinne – von Hitlers Krieg erhoffte:

„Eine der endgültigen und entscheidenden Früchte ist, daß unser Volk nie mehr an irgendeine kommunistische Propaganda glauben wird... Zum neuen Beginn unserer apostolischen Arbeit haben wir ein großes Argument, das alle verstehen – die Notwendigkeit von Gebet und Glauben, den tiefen Abgrund, in den sich eine von Gott und seiner heiligsten Gnade getrennte menschliche Natur stürzt... Wir sind sehr daran gehalten (bien tenus), die deutsche Armee, die uns vom bolschewistischen Regime befreit hat, zu unterstützen, damit sie diesen Krieg, der – Gott gebe es – ein für allemal den atheistischen und militanten Kommunismus beseitigt (supprimer), zum guten Ende führen kann.“²⁴

Auch für seine alten missionarischen und ökumenischen Pläne meinte der Metropolit noch Chancen zu sehen. Schon im September 1939, als die sowjetische Besetzung Galiziens scheinbar die Grenze nach Osten geöffnet hatte, hatte sich Šeptyčkyj beeilt (mit nur zögernder und begrenzter Zustimmung des Vatikans), das Territorium der UdSSR von Weißrußland bis Sibirien kirchlich-administrativ in vier Exarchien aufzuteilen²⁵. Eine Synode, die er nach Lemberg einberief, forderte 1940 die Priester auf, sich „vorzubereiten, um nach Rußland zu gehen, sobald sich dessen Tore für eine Unions-Arbeit öffnen“²⁶. Er selbst hatte Ende 1940 zwei Jesuiten, den polnischen Amerikaner Walter Ciszek und den Russen Nestrow, unter falschen Namen und getarnt als freiwillige Forstarbeiter hinter den Ural geschickt²⁷. Nun schien die deutsche Eroberung der Ukraine eine neue Gelegenheit zu bieten. Zwei aus Lemberg entsandte Priester (Prociuk und Kladocznyj) erreichten tatsächlich Kiew und gründeten dort

²³ Initzkyj, S. 218 f.

²⁴ ADSS, III, Nr. 297.

²⁵ ADSS, III, Nr. 375.

²⁶ Can. 20; siehe *Histoire des Conciles*, Paris 1952, Band XI, S. 962.

²⁷ Vgl. die Memoiren Ciszeks, der erst nach 23 Jahren Gefängnis- und Lagerhaft in die USA zurückkehrte (*With God in Russia*, New York 1964).

eine unierte Pfarrei, mußten aber schon vor Ostern 1942 ihre Kirche wieder schließen²⁸. Erich Koch und Alfred Rosenberg, die sonst gegeneinander konkurrierenden „Vizekönige“ Hitlers im Osten, waren sich in diesem Punkt einig, den das Reichssicherheitshauptamt schon im Juli 1941 unmißverständlich klargestellt hatte: „Es wird zu verhindern sein, daß der Katholizismus im russischen Raum, der mit deutschem Blut erkämpft wird, dort zum eigentlichen Kriegsgewinnler wird.“²⁹ Als Berichte (die sich als falsch herausstellten) über einen entgegenkommenden Brief Stalins an den Papst durch die Welt gingen, wurde die unierte Kirche in Kiew vorübergehend wieder geöffnet, doch war das nur ein taktischer Gegenzug.

Grundsätzlich förderte die deutsche Kirchenpolitik auch gegenüber der orthodoxen Kirche der Ukraine, die sich Mitte August 1941 als „autokephale“ vom Moskauer Patriarchat lossagte, die Spaltungs-, nicht die Unionstendenzen³⁰. Dennoch meinte Šeptyčkyj in einem Brief vom 7. November 1941 nach Rom: Die Hoffnungen, „unsere Dissidenten-Brüder der Großukraine in die Einheit der Kirche zurückkehren zu sehen, sind um so größer, als die Möglichkeiten, dafür das zu tun, was man soll, gleich null sind“. Den logischen Widerspruch seines Gedankens löste er religiös auf: „Gott selbst“ müsse das Werk vollbringen³¹. So ergebnislos briefliche Rufe Šeptyčkyjs blieben, die er an die orthodoxen Bischöfe und die Intellektuellen der Ukraine richtete, um sie zur Rückkehr unter die Autorität der Papstkirche zu bewegen³², so wenig Erfolg hatte er mit einer anderen, in einem Brief an Kardinal Tisserand dem Papst übermittelten – theologisch wie kirchenrechtlich kühnen – Bitte: er möge die „gutgläubigen Dissidenten“ durch einen Akt gemeinsamer Fürbitte („suffrages communes“) gleichsam spirituell der katholischen Kirche einverleiben („incorporer“) und dafür den erzbischöflichen Titel von Kamenets Podolskiy (Camenecensis Ruthenorum), der dem Metropoliten von Lemberg nur als Ehrentitel zustand, mit territorialer Jurisdiktion ausstatten und so eine Missionsarbeit im deutsch besetzten Podolien ermöglichen. „Im Augenblick ist das Gebiet zwar für unsere Priester nicht ganz zugänglich, denn die deutschen Behörden erlauben es nicht“, schrieb der Metropolit nach Rom, aber das Verbot werde „nicht in solcher Weise praktiziert, daß die Sache unmöglich wäre; es handelt sich darum, zu wissen, ob ich das Recht habe, Priester in dieses Gebiet zu senden.“³³ Pius XII. lehnte den Vorschlag ab; die Sondervollmachten Roms, die Šeptyčkyj seit 1940 besaß, sollten genügen, meinte der Papst³⁴. Wie aussichtslos die Situation im Generalgouvernement war, wußte man in Rom spätestens seit dem Brief des Krakauer Erzbischofs Sapiha, der am 28. Februar 1942 über Ter-

²⁸ ADSS, III, Nr. 375.

²⁹ Vgl. die Studie von Robert A. Graham in: *Civiltà Cattolica*, Rom, vom 4. 11. u. 2. 12. 1972 („Come e perché Hitler bloccò il Vaticano in Russia“).

³⁰ Vgl. John A. Armstrong, *Ukrainian Nationalism*, New York 1963, S. 188–210.

³¹ ADSS, III, Nr. 324.

³² Armstrong, S. 197/98.

³³ ADSS, III, Nr. 367.

³⁴ ADSS, III, Nr. 418.

ror, Konzentrationslager und Deportationen berichtete³⁵. Dies betraf allerdings vor allem die Polen, während sich die Ukrainer im Gebiet des Generalgouvernements (nicht in Erich Kochs „Reichskommissariat“) „im allgemeinen“ sogar in einer besseren Lage als vor 1939 befanden – so schreibt ein polnischer Historiker und erwähnt dabei auch die „ziemlich große Freiheit“ der Kirchen³⁶. Generalgouverneur Frank, der im Oktober 1941 nach Galizien reiste und in Lemberg in der ukrainischen Oper den „Zigeunerbaron“, aber nicht den Metropoliten besuchte, erklärte am 16. Dezember: „Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen.“ In der gleichen Rede sagte er jedoch, die ukrainische Frage sei komplizierter, da die Ukrainer als „Gegengewicht gegen die Polen“ dienten; dennoch dürfe man sie nicht als Teil des „wenn auch nur geistigen Großukrainertums“ behandeln und Lemberg dürfe nicht „eine Art Ersatz-Kiew“ werden³⁷.

Waren es diese – im Kriegsalltag weit hinter der Front durchaus spürbaren – „Klima-Unterschiede“, die den Metropoliten trotz seiner Erfahrungen vom Sommer 1941 noch immer das Wesen nationalsozialistischer Herrschaft nicht durchschauen ließen? Zeitzeugen, die zu dieser Problematik befragt werden konnten, vermitteln ein widersprüchliches, doch eben als solches wohl zutreffendes Bild:

Der Archimandrit *Johannes Peters*, ein Deutscher, den Šeptyčkyj 1937 zum Priester geweiht, in sein Studitenkloster aufgenommen und bei Kriegsausbruch in die Heimat geschickt hatte, kam im Sommer 1941 nach Lemberg zurück. Er erinnert sich³⁸, der Metropolit sei „falsch informiert“ gewesen, erst er, Peters, habe ihm „reinen Wein eingeschenkt“ über den Nationalsozialismus und so die „gefährlichen Einflüsse“ auf Šeptyčkyj unterbrochen, worauf ihn der Metropolit „zu einer Art Geheimsekretär für politische Aufgaben“ ernannt habe. Bis zu seiner Verhaftung durch die Lemberger Gestapo, Ende 1942, fuhr Peters mehrmals (in Zivilkleidung mit falschem Beamtenausweis) als Kurier des Metropoliten nach Berlin, um dem päpstlichen Nuntius Orsenigo Briefe nach Rom zu übergeben und Hilfsgelder (u. a. vom deutschen katholischen Caritas-Verband) nach Lemberg zu bringen. Peters entwarf und beförderte Anfang 1942 einen Brief Šeptyčkyjs an den ReichsführerSS Himmler, in dem der Metropolit dagegen protestierte, daß „ukrainische Hilfspolizisten gezwungen werden, Juden zu erschießen“³⁹. Vergebens versuchte die Lemberger Gestapo zu erfahren, wer den Brief nach Berlin transportiert hatte.

Der SS-Sturmbannführer Dr. Ludwig Losacker, von August 1941 bis Ende 1942 Chef der Zivilverwaltung des Distrikts Galizien, hatte Ende 1941 mehrere vertrauliche Zu-

³⁵ ADSS, III, Nr. 357.

³⁶ Siehe Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Warszawa 1970, Band I, S. 466.

³⁷ Frank-Tagebuch, S. 458.

³⁸ Tonband-Protokoll vom Gespräch des Verfassers mit Peters (geb. 1905) in Pietzenkirchen/Bayern am 18. 1. 1985.

³⁹ Dieser Brief, den Peters in Berlin in einen Briefkasten (!) warf, ist bislang in keinem Archivbestand gefunden worden. Eine Kopie des Briefs und eine Antwort Himmlers (der Metropolit solle sich nicht in Dinge mischen, „die ihn nichts angehen“) sah Kurt Lewin 1943 im Archiv Šeptyčkyjs.

sammenkünfte mit Šeptyčkyj. Wie sich Losacker erinnert⁴⁰, sprach der Metropolit „in vorsichtiger Weise“ von der einzigartigen Gelegenheit, die den Deutschen gegeben sei, um das von Stalingeschaffene „großrussische Reich“ in einzelne Nationalstaaten aufzuteilen – darunter einen ukrainischen Staat. „Nur dann sei der Bolschewismus besiegt.“ Aber die Hoffnungen des Metropoliten auf einen deutschen Sieg seien drastisch reduziert worden, als er „die Schüsse von Exekutionen sogar nahe bei seiner Residenz hörte“, berichtet Losacker. Der Metropolit habe auch protestiert während eines offiziellen Besuchs, den ihm der Distrikt-Gouverneur Lasch in Begleitung Losackers abstattete. In seiner Antwort habe Lasch die Verantwortung für die Exekutionen dem Lemberger Polizeichef Friedrich Katzmann gegeben und auf Šeptyčkyjs Darlegung der politischen Zukunftsperspektiven brüsk geantwortet: „Ja, ich merke schon, die Kirche denkt mal wieder in Ewigkeiten, wir denken kürzer – von heute auf morgen.“

Der von Frank eingesetzte 37-jährige Distrikt-Gouverneur für Galizien, Karl Lasch – laut Losacker „ein Opportunist schlimmster Sorte“ –, betrachtete und behandelte das Gebiet ausschließlich als Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung und als Arbeitskräfte-Reservoir. 250 000 Ukrainer wurden (bis 1. August 1942) zur Arbeit nach Deutschland deportiert; der Metropolit ermahnte sie in einem Hirtenbrief, sich dort nicht zum Abfall von ihrem Glauben überreden zu lassen⁴¹. Die Bauern, die Šeptyčkyj noch im Juli 1941 aufgerufen hatte, fleißig zu sein, um den deutschen „Befreier“ zu helfen, standen unter dem Druck steigender Zwangsablieferungskontingente, während die versprochene Rückgabe des Privateigentums ausblieb und sich Hunger ausbreitete. Nachdem Gouverneur Lasch Ende 1942 plötzlich abgesetzt und wegen Korruption verhaftet worden war (später ließ ihn Himmler ohne Gerichtsverfahren erschießen), wurde er durch den SS-Brigadeführer Dr. Otto Wächter ersetzt, einen österreichischen Nationalsozialisten⁴², der versuchte, eine gemäßigtere, rationalere Politik zu betreiben. Wächters persönlicher Referent Dr. Heinzgeorg Neumann erinnert sich⁴³: „Wir förderten aus politischer Zweckmäßigkeit die Ukrainer, doch galten unsere Sympathien deutlich mehr den Polen. Im übrigen versuchte Wächter so sehr wie möglich an die österreichische Tradition Galiziens anzuknüpfen.“ Dies wirkte sich auch bei Wächters Kontakten mit dem Metropoliten aus, bei denen Neumann

⁴⁰ Tonband-Protokoll vom Gespräch des Verf. mit Losacker (geb. 1906) in Heidelberg am 1. 11. 1984. Losacker wurde von Himmler 1943 degradiert, weil er Exzesse der Besatzungspolitik in Polen kritisiert hatte. Aus einem amerikanischen Internierungslager wurde er 1947 auf Empfehlung einer polnischen Untersuchungs-Kommission freigelassen (vgl. Frank-Tagebuch, S. 950, und ungedruckte Memoiren Losackers, in die der Verf. Einblick nehmen konnte).

⁴¹ Prokoptschuk, S. 224; siehe auch Frank-Tagebuch, S. 531.

⁴² Otto Gustav Freiherr von Wächter (geb. 1901), Rechtsanwalt, war 1934 maßgeblich am NS-Putsch in Österreich gegen die Dollfuß-Regierung beteiligt (Vgl. VfZ 12, 1964, S. 200–218). Er starb am 14. 7. 1949 unter dem Namen Alfredo Reinhardt in Rom, wo er vom ukrainischen Bischof Bučko und vom österreichischen Bischof Hudal betreut wurde (vgl. Alois Hudal, Römische Tagebücher, Graz 1976, u. Tonband-Protokoll vom 28. 9. 1984 eines Gesprächs d. Verf. mit der 1985 verstorbenen Witwe Charlotte von Wächter, die auch Einblick in den Nachlaß gewährte).

⁴³ Laut Brief von Dr. Heinzgeorg Neumann (geb. 1915) an den Verf. vom 17. 10. 1984 u. Tonband-Aufzeichnung eines Gesprächs mit N. in Bonn am 11. 12. 84.

Zeuge war: „Beide sprachen über Alt-Österreich, der Metropolit aus eigener Erfahrung – er war ja österreichischer Kavallerieoffizier gewesen, ehe er Priester wurde –, der Gouverneur Wächter aus der Tradition einer österreichischen Offiziersfamilie. Und beide trauerten – jeder auf seine Weise – dem untergegangenen Vielvölkerstaat nach.“

Beeinflusst von solchen fast idyllisch wirkenden Szenen unterschrieb Šeptyčkyj Anfang 1942 als „Präsident des Nationalrats“ (zusammen mit Melnyk und anderen) einen Brief „an Seine Exzellenz, den Führer Adolf Hitler“, um bittere Klage über die „Nichtzulassung der Ukrainer zur Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen ihren Erbfeind“ und überhaupt über ihre Behandlung zu erheben. Der Brief, der am Ende versicherte, daß die „führenden Kreise der Ukraine“ nach wie vor zur möglichst engen Zusammenarbeit mit Deutschland bereit seien, bediente sich antikommunistischer, aber auch antirussischer und antipolnischer Argumente, die den deutschen Diktator überzeugen sollten⁴⁴. Mit der Unterschrift eines Erzbischofs vom moralischen Prestige Šeptyčkyjs mußte der Text sehr befremdend wirken, als er im Westen bekannt wurde. Der polnische Vatikanbotschafter Kazimierz Papée sandte ihn am 23. März 1942 dem Kurien-Kardinal Eugene Tisserand, der seinen Augen nicht traute und an eine Fälschung glaubte („un coup monté“), die den Metropoliten im römischen Milieu diskreditieren sollte⁴⁵.

Der Brief, den die Polizei abging und nicht an den Adressaten gelangen ließ, beschleunigte nur das Ende des „Nationalrats“ in Lemberg. Auch der Antrittsbesuch des neuen Gouverneurs Wächter beim Metropoliten änderte daran nichts. Zwar erklärte sich Wächter auf Bitte Šeptyčkyjs bereit, auch den Nationalrat zu empfangen und so als Volksvertretung zu legitimieren; Wächter schien dazu auch noch entschlossen, als ihm Bischof Slipyj am 20. Februar im Namen des Metropoliten den Gegenbesuch abstattete. Doch schon drei Tage später forderte der Polizeifunktionär Kolf die Auflösung des „Nationalrats“, nannte als Grund den Brief an Hitler und drohte am 4. März sogar mit der Verhaftung der Nationalratsmitglieder – allerdings mit Ausnahme seines Präsidenten Šeptyčkyj, auf dessen Autorität man Rücksicht nehmen müsse, weil er schon einmal Gefangener des zaristischen Rußlands und Polens gewesen sei.⁴⁶

Bei den letzten Sitzungen des Nationalrats vor seiner Zwangsauflösung, am 11. und 27. Februar 1942, gaben die im Auftrag des Metropoliten sprechenden Mitglieder des Rates ihre unverblümte Meinung zu Protokoll: Tödlicher Hunger und Mißbrauch von Gewalt hätten eine unerträgliche Lage geschaffen, sagte Bischof Slipyj. Das Volk werde unterdrückt, der Metropolit sei beleidigt worden, sagte Juljan Dzerovyc, und Prälat Kostelnyk erklärte: „Die Deutschen verstehen uns nicht und wollen uns nicht verstehen... Es ist nicht ausgeschlossen, daß das ukrainische Volk uns einmal verantwortlich macht, weil wir nicht energisch genug protestierten gegen alles Böse, was jetzt überall geschieht.“⁴⁷

⁴⁴ Text des Briefs bei Ilnitzkyj, S. 276–279. Vgl. auch Kosyk, S. 137.

⁴⁵ Siehe Papée-Papiere, Hoover-Library.

⁴⁶ Ilnitzkyj, S. 250–256.

⁴⁷ Ilnitzkyj, S. 248.

Was tatsächlich geschah, dokumentierte Generalgouverneur Frank selbst in seinem Tagebuch: Als er im Sommer 1942 zum zweitenmal nach Lemberg fuhr, um Galizien zu inspizieren, empfingen ihn 15 000 Sänger der „Vereinigten Ukrainischen Chöre“ mit Beethovens 9. Symphonie, er jedoch dankte dafür, daß Hitler die Stadt, „dieses alte Judennest, dieses Polacken-Siedlungsheim, endlich deutschen Fäusten anvertraut hat“. Am 15. August 1942 notierte Frank, daß im deutschen Interesse „ein Spannungsverhältnis zwischen Polen und Ukrainern aufrechterhalten werden müsse“, und am 24. August, daß die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide „auf Kosten der fremdvölkischen Bevölkerung, eiskalt und ohne Mitleid“ gesichert werden müsse.⁴⁸ „Daß wir 1,2 Millionen Juden zum Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt.“ Fünf Tage später, am 29. August, griff der Metropolit zur Feder, um mit zitternder Hand sein Entsetzen, seine Enttäuschung, seine Anklage niederzuschreiben und die höchste moralische Autorität seiner Kirche, den Papst, anzurufen⁴⁹:

Nach den ersten Monaten einer gewissen Erleichterung sei von den Deutschen ein „von Tag zu Tag unerträglicheres Terror-Regime“ eingerichtet worden. „Heute ist sich das ganze Land darüber einig, daß das deutsche Regime in einem vielleicht noch höheren Grade als das bolschewistische böse, ja fast teuflisch ist. Seit einem Jahr vergeht kein Tag, an dem nicht die abscheulichsten Verbrechen verübt werden... Die Zahl der getöteten Juden in unserem kleinen Land hat gewiß 200 000 überschritten... In Kiew wurden in wenigen Tagen 130 000 Männer, Frauen und Kinder exekutiert... Hunderttausende wurden meist ohne Rechtsgrundlage verhaftet, eine Menge junger Leute ohne plausiblen Grund erschossen, der bäuerlichen Bevölkerung wird ein Sklaven-Regime aufgezwungen... Man proklamierte mehrmals die Rückgabe des Privatbesitzes, ohne das Versprechen zu halten, im Gegenteil: die Behörden bedienen sich ohne Zurückhaltung der von den Bolschewisten konfiszierten Güter und erklären, daß alles Land Staatseigentum sei...⁵⁰ Man kontiniert, verbreitet und vertieft das bolschewistische System. Gewiß gibt es unter den leitenden Beamten (*dirigeants*) auch anständige Leute, man begegnet sogar manchmal guten Katholiken, aber die große Mehrheit der Leute, denen wir begegnen, sind ohne Glauben und ohne Recht und erlauben sich ganz unglaubliche Mißbräuche. Man behandelt die Dorfbewohner wie die Neger in den Kolonien... Es ist alles einfach so als ob eine Bande von Rasenden (*furieux*) oder tollwütigen Wölfen sich auf ein armes Volk stürzt.“

Septyčkyj teilte dann dem Papst mit, daß die anti-katholischen Gesetze des Deutschen Reichs auf die Kirche in Galizien „noch nicht“ angewendet werden, daß der ukrainische Klerus eine „freiwillige Unterstützung“ (deutsch im Original) von 50 Reichsmark erhalte und auch stille Hilfe durch deutsche Katholiken. Aber all das sei „kein ausreichendes Gegengewicht gegenüber der unsagbaren Demoralisierung“,

⁴⁸ Frank-Tagebuch, S. 532 u. 548–550.

⁴⁹ ADSS, III, Nr. 406.

⁵⁰ Am 18. Juni 1942 hatte der Sicherheitschef, SS-Obergruppenführer Krüger, einen Vorschlag von Gouverneur Wächter, „den Ukrainern ihr Eigentum an Grund und Boden zurückzugeben“, als „verfrüht“ abgelehnt (Frank-Tagebuch, S. 509).

dem bewußten Morden, dem Verlust des Sinns für Gerechtigkeit und Menschlichkeit⁵¹. Der Metropolit erinnerte den Papst daran, daß dieser ja selbst dieses Regime kenne – „dieses System der Lüge, des Betrugs, des Unrechts, der Plünderung, der Karikatur aller Ideen von Zivilisation und Ordnung, dieses System des bis zum Absurden übertriebenen nationalen Chauvinismus, des Hasses auf alles Gute und Schöne, dieses System, das etwas so Phänomenales ist, daß die Bestürzung (*stupeur*) vielleicht die erste Empfindung, die man beim Anblick dieses Ungeheuers (*monstre*) empfindet. Wohin wird dieses System das unglückliche deutsche Volk führen?“

Der Metropolit, der 1939 in einem Brief Pius XII. gebeten hatte, ihn zum Märtyrertod zu „delegieren“ (ohne auf diesen mystischen Wunsch eine Antwort aus Rom zu erhalten), schreibt jetzt, er glaube „die beste und einzige Gelegenheit“ unter sowjetischer Besetzung verloren zu haben: „Diese drei Jahre haben mich überzeugt, daß ich eines solchen Todes nicht würdig bin.“ Der Brief läßt eine verzweifelte Stimmung spüren, doch ohne Resignation. Er habe, berichtet Šeptyčkyj dem Papst, einen Protestbrief an Himmler geschrieben⁵²; er habe die ukrainische Jugend davor gewarnt, sich in die „Milizen“ einzuschreiben, wo sie verdorben werden könne; er habe protestiert durch Hirtenbriefe, die das Verbrechen des Mordes mit Exkommunikation bedrohten; diese Hirtenbriefe seien „natürlich konfisziert“, aber doch mehrmals vor dem versammelten Klerus verlesen worden.

Pius XII. hat auf diesen dramatischen Brief nicht geantwortet; vielleicht glaubte er die Antwort vorweggenommen zu haben durch ein kurzes, in elegantem Latein stilisiertes Schreiben vom 24. August 1942, in dem Šeptyčkyj und sein Klerus ermahnt wurden, im Glauben nicht nachzulassen und „angesichts der zunehmenden Übel“ niemals die Hoffnung zu verlieren, sondern alles mit „heiterer Geduld“ (*serena patientia*) zu ertragen⁵³. Als dieser bescheidene Trost den Metropoliten drei Wochen später erreichte, wagte er es nicht, den Papstbrief zu publizieren, weil er „ein Schreiben des Stellvertreters Christi nicht der amtlichen Konfisizierung aussetzen“ wolle – so schrieb er am 14. September 1942 nach Rom⁵⁴. Immerhin war es dem Metropoliten möglich, in der Novemberausgabe des offiziellen Organs seiner Diözese („*Livivski Archieparchialni Vidomosti*“) einen vom 21. November 1942 datierten Hirtenbrief gegen das große Morden zu drucken und dann auch in die (am 3. Dezember 1942 verabschiedeten) Beschlüsse der Diözesan-Synode (*Sobor*) einzufügen. Unter dem Titel des 5. Gebotes „Du sollst nicht töten“ warnte er „vor dem Bösen, das sich in letzter Zeit auf so furchtbare Weise unter uns verbreitet“, und widmete er ein besonderes Kapitel dem Thema „Politischer Mord“:

„Einer seltsamen Art von Selbsttäuschung geben sich jene hin, die politischen Mord nicht als Verbrechen betrachten – als ob die Politik den Menschen von der Verpflich-

⁵¹ ADSS, III, Nr. 79.

⁵² Vgl. Anm. 39.

⁵³ ADSS, III, Nr. 404.

⁵⁴ ADSS, III, Nr. 409. Am gleichen 14. September übermittelte der polnische Bischof Radoński aus London polnische Vorwürfe nach Rom wegen des päpstlichen Schweigens („... *et Papa tacet*“). Siehe ebenda Nr. 410 und die Antwort Kardinal Magliones, Nr. 460.

tung gegenüber den göttlichen Gesetzen entbinde und ein gegen die menschliche Natur gerichtetes Verbrechen rechtfertigen könnte. Das ist nicht so... Ein Mensch, der das unschuldige Blut seines Feindes, seines politischen Gegners vergießt, ist ebenso ein Mörder wie jener, der es aus Raublust tut, und er verdient ebenso Gottes Strafe und kirchliche Verurteilung.“

Die folgenden zehn Zeilen des Hirtenbriefs, die in den zuerst gedruckten Exemplaren der „Vidomosti“ noch enthalten waren, wurden – offenbar im letzten Augenblick – von der Zensur der deutschen Besatzungsbehörden entfernt⁵⁵. Sie lauteten:

„Es gibt Leute, die in einer Art von moralischer Blindheit sich berufen fühlen, Todesurteile auszusprechen und als Strafe für irgendwelche Vergehen zu exekutieren. Der Staat darf den Übeltäter bestrafen soweit es notwendig ist und dem Strafgesetz entspricht, sogar mit einem Todesurteil. Aber das Naturrecht verlangt, daß der Übeltäter das Recht zur Verteidigung hat. Außerdem ist ein Todesurteil wie jede andere Strafe nur rechtmäßig, wenn das Verbrechen, das bestraft werden soll, bewiesen ist. Und wenn die Beweise dem Angeklagten, der bestraft werden soll, vorgelegt werden, dann muß er die Möglichkeit haben, an einen höheren und höchsten Gerichtshof zu appellieren, und deren Pflicht ist es, zu prüfen, ob das Urteil der ersten Instanz gerecht ist und ob das Verbrechen wirklich geschehen und bewiesen ist.“

Diese zensierten Sätze waren eindeutig an die Besatzungsmacht adressiert. Warum aber erlaubte diese überhaupt die Veröffentlichung des Hirtenbriefes? Weil er sich auch, ja vor allem gegen die bürgerkriegsartigen, fast anarchischen Zustände richtete, die 1942/43 in dem bis dahin relativ ruhigen Galizien entstanden und für die Deutschen immer mehr zum Sicherheitsrisiko wurden: Es war der offene und untergründige, durch nationalsozialistische Kriegspolitik provozierte Zusammenprall zwischen den – auch unter sich selbst – zerstrittenen osteuropäischen Nationalismen. Mit scharfen Formulierungen beklagte der Metropolit in seinem Hirtenbrief den Haß und die Uneinigkeit unter den Ukrainern als „Degeneration des nationalen Gewissens und des patriotischen Geistes“, der sie bis zum Blutvergießen treibe. „Was für andere Feinde hat die Ukraine zu fürchten, wenn Ukrainer sich gegenseitig befeinden und sich ihres Hasses nicht einmal schämen!... Die Welt geht unter aus Mangel an Liebe, sie stirbt an menschlichem Haß!“

Schon in einem Privatbrief vom 3. September 1942 an Kardinal Tisserand in Rom hatte Šeptyčkyj beklagt, daß Deutschland die ukrainische Jugend in Polizei- und Milizformationen rekrutiere, ihr einrede, ein patriotisches Werk zu tun, sie jedoch „für ihre perversen Zwecke“ mißbrauche⁵⁶. Acht Monate später, am 8. Mai 1943, berichtete der Metropolit nach Rom über die Ermordung des orthodoxen Erzbischofs Alexis (durch jene, „die wir Partisanen nennen“) und skizzierte dabei auch kurz die chaoti-

⁵⁵ Auch Prokoptschuk's Text (a. a. O., S. 230 ff.) zitiert diese Sätze nicht; sie stehen auf Seite 179 der „Vidomosti“ v. November 1942, von denen dem Verf. zwei verschiedene Exemplare vorliegen. In einem Exemplar ist die Überschrift des Hirtenbriefs auf der Titelseite beim Umbruch ca. drei Zentimeter nach unten gerückt, wodurch sich der gesamte Umbruch des Textes verschiebt und die Streichung auf Seite 179 unsichtbar gemacht wird.

⁵⁶ Siehe Tisserand, *L'Eglise militante*, Paris 1950, Seite 14.

sche allgemeine Lage: „Ganz Wolynien und Teile Galiziens sind voll von Banden, die einen gewissen politischen Charakter haben. Es gibt solche, die aus Polen bestehen, andere aus Ukrainern, und andere auch aus Kommunisten, andere sind wirkliche Banditen, Leute aller Nationalitäten.“⁵⁷ Am 12. Juni 1943 bringt ein Signor Malvezzi (der Vertreter des italienischen Staatskonzerns IRI in Polen) die letzte Nachricht des Metropoliten nach Rom, vor allem mündlich; nur mit wenigen lateinisch geschriebenen Sätzen an Kardinalstaatssekretär Maglione deutet Šeptyčkyj an, daß das „unglaubliche“ Morden weitergeht⁵⁸.

Inzwischen hatte – seit der Schlacht von Stalingrad – der deutsche Rückzug aus der östlichen Ukraine begonnen und die drohende Niederlage veranlaßte führende NS-Funktionäre, für eine Milderung der Repressionspolitik zu plädieren, für „elastisches“ Verhalten, sogar für einen späten Versuch, doch noch die bislang verschmähten „ukrainischen Verbündeten“ zu gewinnen⁵⁹. Generalgouverneur Frank, der im Juli 1942 in Lemberg noch erklärt hatte: „Wir sind ein Herrenvolk“, sagte bei seinem dritten Inspektionsbesuch am 21. Juni 1943: „Der Ausdruck ‚Herrenvolk‘ müßte verboten werden.“ Die Ukrainer lobte er nun als „harmloses, gutmütiges Volk“, aus dem sich 70 000 Männer freiwillig für die „SS-Schützendivision Galizien“ gemeldet hätten⁶⁰. Diese Division, die auch die antirussische und antipolnische Partisanen- und Terroraktivität des ukrainisch-nationalistischen Untergrunds unter Kontrolle bringen und in „legale“ deutsche Kanäle leiten sollte⁶¹, war vor allem ein Werk des Gouverneurs Wächter, der ihre Aufstellung am 24. April 1943 verkündete und in Lemberg einen ukrainischen „Wehrausschuß“ zur Anwerbung bildete, aber auch des Lemberger SD-Chefs, SS-Sturmbannführer Schenk, eines ehemaligen evangelischen Theologen, der ständigen Kontakt zu Šeptyčkyj hatte⁶². Wächter erreichte es, daß dieser Ausschuß mit seinem deutschen „Kontrollleur“, dem pensionierten Oberst Alfred Bisanz, am 8. Juli 1943 vom Metropoliten empfangen wurde⁶³. Zehn Tage später ernannte er fünf Militärkapläne für die Division – eine Neuheit in der Waffen-SS. Einer von ihnen, Wasil Laba, predigte über den „schweren Kampf gegen den Bolschewismus“ während einer Messe, die Bischof Slipyj im Auftrag des Metropoliten für die Soldaten der Division zelebrierte⁶⁴.

⁵⁷ ADSS, III, Nr. 503.

⁵⁸ ADSS, III, Nr. 521.

⁵⁹ So Gouverneur Wächter in Lemberg, aber auch Generalgouverneur Frank (Frank-Tagebuch, S. 728, 718). Vgl. Wächters Memorandum vom 20. 3. 1943 (Nürnberger Dokument NO-3255). Siehe auch Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1965, S. 168 ff., und Torzecki, S. 275–281.

⁶⁰ Frank-Tagebuch, S. 534 und 696. Vgl. Basil Dmytryshyn, The Nazis and the SS-Volunteer Division Galicia, in: Slavic and Eastern European Review 1/56.

⁶¹ Torzecki, S. 293.

⁶² Mitteilung von Heinzgeorg Neumann (vgl. Anm. 43). Von Schenk existieren zwei aufschlußreiche Memoranden über „Die ukrainische Frage“ (27 Seiten) und „Die polnische Frage“ (28 Seiten), die Losacker am 23. 7. 1943 in Krakau an den Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen, Türk, weiterreichte (Bundesarchiv, Handakten Dr. Schlüter, R 102 II/11).

⁶³ Vgl. „Lvivski Visti“ v. 9. Juli 1943.

⁶⁴ Vgl. „Stanislawski Slovo“ v. 2. Mai 1943.

Was hat den Metropoliten bewogen, trotz seines Abscheus gegen das Regime nun doch wieder einer Kollaboration mit diesem – sogar unter dem Zeichen „SS“ – seinen Segen zu geben? Die Furcht vor der Rückkehr der Sowjets? Eine Hoffnung, daß diese doch noch verhindert werden könnte? Oder gar eine neue Illusion über einen Kurswechsel der deutschen Politik und ihre Siegeschancen? Immerhin ist erwiesen, daß Šeptyčkyj selbst im gleichen Frühjahr 1943 Kontakte und Gespräche zwischen der mit der Londoner Exilregierung verbundenen polnischen Widerstandsbewegung Armja Krajowa (AK) und dem ukrainischen Untergrund (OUN und UPA) vermittelte⁶⁵. Dabei ging es dem Metropoliten vor allem um ein moralisches Anliegen: die Überwindung des polnisch-ukrainischen Antagonismus und seiner blutigen Auswirkungen in Galizien. Die Niederlage Hitler-Deutschlands war zwar schon nahezu gewiß, doch ungewiß war, in welchem Ausmaß – gestärkt oder geschwächt – die Sowjetunion zu den Siegern gehören würde. Und davon würde auch die künftige Ostgrenze Polens und die Zukunft der galizischen Ukraine abhängen. Die ukrainisch-polnischen Kontakte scheiterten vor allem an der fundamentalen Meinungsverschiedenheit über diese politische Zukunft, aber auch daran, daß die polnische AK – trotz ihrer antikommunistischen und antirussischen Gefühle – realistisch genug war, um nicht gegen die Sowjets, sondern ausschließlich gegen die Deutschen zu kämpfen. Die Illusion eines Teils der ukrainischen Nationalisten, durch einen Kampf gegen *alle* – Russen, Polen und Deutsche – die eigene Zukunft zu retten, lag dem Metropoliten gewiß ebenso fern wie eine Hoffnung auf Hitler oder Stalin. Was also bewog ihn ein Jahr vor der Katastrophe, die Bildung einer ukrainischen SS-Division zu unterstützen?

„Seiner Meinung nach sei die Bildung einer ukrainischen Armee eine Notwendigkeit. Wenn die deutschen Niederlagen fort dauern – so fügte er hinzu – und eine Zeit der Anarchie und des Chaos eintritt, werden wir sehr zufrieden sein, eine nationale Armee zu besitzen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und den schlimmsten Ausschreitungen entgegenzutreten bis reguläre sowjetische Truppen eingetroffen sind.“

Dies sagte der Metropolit im September 1943 zu einem Gesprächspartner, dessen Bericht eine für Šeptyčkyjs Denken zu dieser Zeit einzigartige Quelle darstellt. Sie wirkt glaubwürdig, weil der Verfasser des Berichts mit dem Metropoliten offenkundig auf vertrautem Fuß stand, doch dessen Ansichten nicht teilte. Es war ein Franzose ukrainischer Herkunft, Dr. Vsevolod Frédéric, der mit den Deutschen kollaborierte und für das Auswärtige Amt arbeitete. Seit 1928 stand er mit dem Metropoliten in Verbindung und wurde deshalb beauftragt, diesen auszuhorchen. Der zwölf Maschinenseiten lange Bericht, den Frédéric am 19. September 1943 schrieb⁶⁶ (nachdem er

⁶⁵ Vgl. Ryszard Torzecki, *Kontakty Polsko-Ukraińskie*, in: *Dzieje Najnowsze*, 1981, Nr. 1–2; Edward Prus, *Kolaboranci czy Herosi?* in: *Zycie Literackie*, 8. 4. 1984; „Sprawa Ukrainka“ (Dokument d. Exilregierung von 1944), in: *Zeszyty Historyczne*, Paris, Nr. 71/1985.

⁶⁶ Frédéric wird in einer Liste kollaborierender Publizisten 1943 als Mitarbeiter von „L'Europe Nouvelle“ (Paris) verzeichnet. Sein Bericht befindet sich unter der Nr. CXLV a-66 im „Centre de Documentation Juive Contemporaine“, Paris, mit einem Begleitschreiben von Rosenfelder (Ministerium f. d. besetzten Ostgebiete) an Dr. Bräutigam mit dem Hinweis, daß der Bericht aus dem Auswärtigen

auch mit Wächter, Neumann und Schenk gesprochen hatte), ist das Ergebnis von zwei Begegnungen, bei denen der Metropolit zunächst die „zunehmende Unsicherheit, Morde, Sabotageakte, Plünderungen“ beklagt und bedauert hatte, daß es ihm nicht gelungen sei, dem „polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg“ ein Ende zu machen; auch sein Versuch, die polnischen Bischöfe zu einer gemeinsamen Kanzelerklärung gegen das Morden zu bewegen, sei gescheitert. Angesichts dieser Lage begünstige er die Aufstellung der ukrainischen SS-Division als Ordnungskraft bis zum Einmarsch der Sowjets.

„Denn der Metropolit ist“ – schreibt Frédéric – „trotz seiner loyalen Zusammenarbeit mit Deutschland von dessen unvermeidlicher Niederlage überzeugt. Er behauptet, daß die militärische Niederlage an der Ostfront bereits vollendet ist und daß es dort keinen deutschen Soldaten gibt, der noch die Hoffnung hat, die Bolschewisten mit den Waffen zu schlagen. Er glaubt auch, daß die Anglo-Amerikaner im Westen die Oberhand gewinnen würden – für kurze Zeit, denn der Endsieg des Bolschewismus sei sicher... Sie werden ohne Zweifel die ganze Welt regieren“.

Frédéric fragte Šeptyčkyj, ob er nicht doch die Rettung durch Deutschland erwarte, und zitierte diese Antwort: „Deutschland ist schlimmer als der Bolschewismus. Der Nationalsozialismus hat mehr Anziehung auf die Massen, mehr Macht über die Jugend als der Bolschewismus. Dieser ist ein großes Phänomen, dessen Dauer nur vorübergehend sein kann oder er wird sich wandeln.“ Der Hauptvorwurf Šeptyčkyjs gegen die Deutschen ist „ihr unmenschliches Verhalten“ gegen die Juden. Allein in Lemberg seien 100 000 getötet worden und „Millionen in der Ukraine“; ein junger Mann habe ihm in der Beichte gestanden, „allein in einer Nacht in Lemberg persönlich 75 Menschen ermordet zu haben“.

Frédéric wandte ein, das Judentum sei doch eine „tödliche Gefahr für das Christentum“, und notierte dazu: „Der Metropolit gab mir recht, aber er blieb dabei, daß die Vernichtung der Juden unzulässig sei.“ Frédéric führte das auf „Direktiven des Vatikans“ zurück, der Metropolit hingegen glaubte, der Vatikan befinde sich „in den Händen der Deutschen“; empört bemerkte er, daß Radio Vatikan, „nachdem es zuerst stumm war“, nun Sendungen in deutscher Sprache nur über religiöse Themen bringe. „Alles in allem genommen, findet der Metropolit sich damit ab, Europa bolschewisiert zu sehen. Die Religion, die in Rußland schon tot sei, werde vielleicht auch im Westen verschwinden.“

In einer so düsteren Perspektive war Šeptyčkyjs naive Vorstellung vom Nutzen der SS-Division „Galizien“ als nationaler Ordnungskraft bis zum Einmarsch der Sowjets ohnehin bedeutungslos. Der Metropolit erfuhr wohl nicht mehr, wie diese schlecht bewaffnete Division erst im Juli 1944 eingesetzt und im Kessel von Brody-Tarnów aufgegeben wurde; wie ihre dann wiederaufgefüllten Bataillone als „Ukrainische Nationalarmee“ schließlich 1945 in Kärnten kapitulierten, wohin sich auch ihr politi-

Amt stamme, auch dem Reichspropagandaministerium vorgelegen habe und „bemerkenswert“ sei. K. Pankiuskyj meint, daß sich hinter dem Pseudonym „Dr. Frédéric“ Professor René Martel (Paris) verbarg; vgl. Roky nimeckoji okupaciji, New York/Toronto 1965.

scher „Erfinder“ Otto Wächter (inzwischen „Inspekteur für die fremdvölkischen Einheiten“) aus Berlin abgesetzt hatte, um in Österreich und später in Italien unterzutauchen⁶⁷.

Der Metropolit blieb in seinem Lemberg und erwartete die „Katastrophe, wie sie unser Volk noch nie erlebt hat“, so prophezeite er zum Abschied seiner Synode. „Und diese Katastrophe droht uns... als Folge unseres eigenen Verhaltens.“⁶⁸ Anders als der orthodoxe Metropolit Polykarp, der schon 1943 einen – nach Šeptyčkyjs Urteil – „wenig vorsichtigen“⁶⁹ Hirtenbrief gegen die Bolschewisten geschrieben hatte und im Mai 1944 noch immer Hitler den Sieg über die „jüdischen Kommunisten“ wünschte⁷⁰, versuchte Šeptyčkyj jetzt ein letztesmal in seinem Leben eine Wende, um seine Rußland-Vision zu retten.

Kaum hatten die Sowjets am 27. Juli 1944 Lemberg besetzt – wieder, wie 1939, ohne den Metropolitan anzutasten –, rief er die Pfarrer auf, „mindestens 500 Rubel für die Verwundeten und Kranken der Roten Armee“ zu sammeln, und erinnerte er die Gläubigen an „das Gebot der Nächstenliebe“⁷¹. Zugleich entwarf er einen Brief an – Josef Stalin: „Die ganze Welt neigt das Haupt vor Ihnen... Nach dem siegreichen Vormarsch von der Wolga zum San haben Sie von neuem die westukrainischen Gebiete mit der Großukraine verbunden... Dieses leuchtende Ereignis weckt auch in unserer Kirche die Hoffnung, daß sie wie das ganze Volk in der UdSSR unter Ihrer Führung volle Freiheit der Arbeit und Entfaltung zum Guten und Glück finden wird.“⁷²

Kurz darauf, am 1. November 1944, starb der fast achtzigjährige Metropolit an einer Grippe. Sein Nachfolger Josef Slipyj meldete es nach Rom in einem lateinischen Brief, der in Moskau aufgegeben wurde, doch erst am 6. März 1945 den Vatikan erreichte: „Mit Zustimmung der Sowjetregierung“ (annuente gubernio sovietico) habe sich ein langer Trauerzug durch die Stadt gebildet mit allen Bischöfen, 150 Priestern, 200 Theologie-Studenten und einer „ungeheuren Volksmenge“ (ingens numerus populi)⁷³. Indessen meldete ein deutscher katholischer Bischof (V-Mann 38610) dem Reichssicherheitshauptamt besorgt, daß das Leichenbegängnis für Šeptyčkyj, das fünf Tage lang Zehntausende von Menschen in Lemberg versammelt habe und „zu einer großen Demonstration gegen Stalin“ hätte werden können, von diesem schlau zu einer „Massenkundgebung für den Bolschewismus ausgebaut“ worden sei; der Vatikan lasse sich dadurch zwar nicht beeindrucken, aber die ernste Sorge sei jetzt, daß – „Amerika bolschewistisch würde“⁷⁴.

⁶⁷ Vgl. Anm. 42 u. Armstrong, S. 168–173; ferner Pier Arrigo Carnier, *Lo Sterminio mancato – La dominazione nazista nel Veneto orientale 1943–45*, Milano 1982, S. 145 u. 320.

⁶⁸ „Lvivski Archieparchialni Vodomosti“ (Jan.-Febr.-März 1944), S. 16–17.

⁶⁹ ADSS, III, Nr. 503.

⁷⁰ Frank-Tagebuch, S. 847.

⁷¹ Centralnyj Derzawnyj Istorycznyj Archiw (CDIA), Lemberg, f. 201, op. 4 b, Spr. 2742, ark. 6.

⁷² CDIA, f. 201, op. 4 b, spr. 2762, ark. 1 (zit. n. Prus, S. 296).

⁷³ ADSS, III, Nr. 586. Vgl. auch die Moskauer Prawda v. 4. 11. 1944, wo der Tod des „Oberhauptes der griechisch-katholischen Kirche in der UdSSR“ verzeichnet wurde.

⁷⁴ Bericht Nr. 27/44 (Kopie im Archiv d. Verf.).

Die historische Wirklichkeit hat indessen alle Spekulation, die ideologische wie die politische, überholt. Die große Ost-West-Koalition, die Hitler gegen sich mobilisiert hatte, machte nicht nur dem monströsen Versuch deutscher Herrschaft in Osteuropa ein Ende; mit dieser – und an ihr – ist auch der national-messianische Traum des Metropoliten tragisch gescheitert. Sein Nachfolger Josef Slipyj, schon ein halbes Jahr nach der Lemberger Totenfeier verhaftet, mußte die Zwangsauflösung der ukrainisch-katholischen Kirche (März 1946) erleben und verdankte seine Befreiung nach siebzehn Jahren sowjetischer Haft und Verbannung nur einer Phase ost-westlicher Entspannung. Die Parole „pereat mundus, sed fiat iustitia“ (die Welt möge zugrundegehen, aber Gerechtigkeit muß sein), die er der römischen Bischof-Synode 1971 zurief, war weit entfernt von der Überlebenskunst, mit der sein Vorgänger Šeptyčkyj seine Ideen verfochten hatte. Sie konnte in der Epoche atomarer Konfrontation weniger denn je zum Grundsatz kirchlichen und politischen Handelns werden⁷⁵. 1984 starb Slipyj in Rom im Gefühl, ein „Gefangener des Vatikans“ zu sein – nicht, wie er gewünscht hätte, als Patriarch, doch als Kardinal. Diese Würde war Šeptyčkyj in Lemberg, diesem „seismographischen“ Ort epochaler Beben, stets versagt geblieben⁷⁶.

⁷⁵ Vgl. H. Stehle, *Die Ostpolitik des Vatikans 1917–1975*, München-Zürich 1975, S. 270 ff. u. 399.

⁷⁶ Ein am 5. 12. 1958 von Papst Johannes XXIII. eingeleiteter Beatifikations-Prozeß, der zweimal durch Einspruch von polnischer kirchlicher Seite unterbrochen worden war, ist unter Papst Johannes Paul II., nach einer Prozedur-Reform in der vatikanischen „Congregatio pro Causis Sanctorum“ (1983), wieder in Gang gekommen.